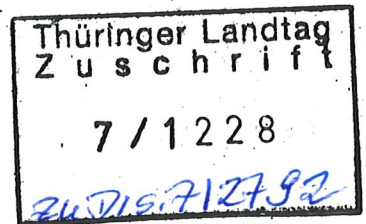


13142/2021

THÜR. LANDTAG POST
26.05.2021 15:27

Den Mitgliedern des

JunkA



Sehr geehrter

gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU und des Änderungsantrages der Fraktion der FDP war.

In der Thüringer Polizei wurde seit 2017 ein Pilotprojekt „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei“ betrieben und bis heute nicht dahingehend abgeschlossen, dass Bodycams in der Thüringer Polizei flächendeckend zum Einsatz gelangen.

Die durchgeführten Trageversuche mitameratechnik brachten Erkenntnisse zur Wirkung von Bodycams aus unterschiedlichen Bereichen der Thüringer Polizei.

Weiterhin konnten verschiedene technische Lösungsvarianten untersucht werden.

Der Einsatz der Bodycams unterlag auch einer strengen Kontrolle der rechtlichen Möglichkeiten für den präventiven Einsatz im täglichen polizeilichen Geschehen.

Dabei zeigten sich auch, die gegenwärtigen rechtlichen Hürden zur vollen Ausschöpfung der technischen Möglichkeiten auf.

In der Projektphase wurde unter anderem das Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen einbezogen.

Des Weiteren wurde die Friedrich-Schiller-Universität Jena mit der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes beauftragt.

Das Projekt erbrachte umfassende Erkenntnisse zu allgemeinen und spezifischen Fragen sowie zu den rechtlichen Möglichkeiten des Polizeiaufgabengesetzes.

Mit der eingetretenen Änderung Datenschutzrechtlicher Bestimmungen im Mai 2018 wurde an das Projekt eine weitere zu meistern Hürde übertragen.

Diese wurde ohne Beanstandungen bewältigt.

Auf die einzelnen Ausführungen in den vorliegenden Berichten wird nicht umfassend eingegangen, die Erläuterungen sind diesen Berichten zu entnehmen.

Die gesammelten praktischen Erfahrungen durch die Polizeibeamten der Thüringer Polizei in den Testdienststellen erbrachten wertvolle und zielorientierte Ergebnisse die von elementarer Bedeutung sind. Aussagen zur Technik und zum Einsatzwert, als auch zur Akzeptanz können als durchweg positiv bewertet werden.

Im Ergebnis des Projektes wurden die derzeit vorhandenen Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Bodycams als unzureichend eingeschätzt und für Änderungsbedürftig angesehen.

In der Thüringer Polizei wird der flächendeckende Einsatz der Bodycams befürwortet und als ein geeignetes Führungs- und Einsatzmittel angesehen.
Dem folgt die DPolG vollumfänglich und schloss sich dieser Forderung an.

Die Einführung der Bodycams bedarf natürlich einer differenzierten Anwendung und der Einführung notwendiger dienstlicher Vorschriften zu deren Anwendung.
Dazu ist die Thüringer Polizei in der Lage und dies sollte umgehend geschehen.

Mit der Einführung dieser notwendigen Vorschriften sollten sich auch die erkannten Spannungsfelder zwischen Datenschutz und Datennutzung, rechtliche und prozeduralen Rahmenbedingungen sowie weiterer zu lösender Aufgaben abbauen und der Nutzung der Bodycams nicht entgegenstehen. Um dies aber erfüllen zu können, ist eine Änderung der gesetzlichen Norm im notwendigem Maße erforderlich.

Der Gesetzentwurf der CDU Fraktion wird dahingehend mitgetragen, das ein Regelungsbedürfnis nach erfolgreichen Modellversuchen notwendig ist.

Die Einführung eines § 33 a in das Polizeiaufgabengesetz in der im Entwurf der Fraktion der CDU aufgeführten Wortlaut wird vollumfänglich begrüßt.

Weiterer Änderungsbedarf wird nicht gesehen.

Sollten weitere Fragen zur Einführung des § 33 a ins Polizeiaufgabengesetz und des Änderungsantrages der Fraktion der FDP bestehen, so werden wir diese gerne in der mündlichen Anhörung versuchen zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender der DPolG Thüringen